

Maik Beermann

# Beerlin ganz nah

*Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten*

**Ausgabe KW 50**

Weihnachtsgruß	2	9	CDU Bundesparteitag
Wir trauern um Peter Hintze	3	9	Weihnachtskonzert in Seggebruch
Wir sorgen für Gerechtigkeit	3	9	Weihnachtsmarkt in Rehburg
Einigung beim Bundesteilhabegesetz	4	9	SN-Leserreise nach Berlin
Anpassung der Asylbewerberleistungen	4		
Die LKW-Maut ausweiten	4		
Bankazubis in Berlin	5		
Dem Terror die Stirn bieten	5		
Rede zur Digitalisierung der Landwirtschaft	6		
Ausbaugesetze verabschiedet	6		
Atommüllentsorgung finanziell absichern	7		
Stalkingschutz ausweiten	7		
Neues Conterganstiftungsgesetz	7		
Schwarzarbeit besser bekämpfen	8		
Neues Bundeswaldgesetz	8		
Das Elterngeld wirkt	8		



# Frohe Weihnachten

## Weihnachtsgruß

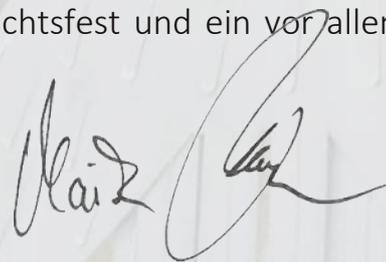
Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2016 war erneut ein ereignisreiches und turbulentes Jahr, auf das wir einerseits mit Dankbarkeit zurückblicken können, andererseits aber auch die großen Herausforderungen für das sichere und friedliche Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft im Blick haben müssen.

Krieg, Flucht und Krisen scheinen so allgegenwärtig geworden zu sein, dass sich bei manch einem der moralische Kompass verkantet hat und Leid und Probleme nur noch selektiv wahrgenommen werden. Wir gehen deshalb mit vielfältigen Aufgaben und daraus resultierender Verantwortung in das neue Jahr.

Die vor uns liegende Weihnachtszeit und der Jahreswechsel geben uns die Möglichkeit, etwas inne zu halten und uns auf uns selbst zu besinnen. Wir machen uns Gedanken über das was war und über das was kommt.

In diesem Sinne wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein vor allem friedvolles und gesundes neues Jahr.



## Wir trauern um Peter Hintze

Mit Peter Hintze verlieren wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen herausragenden Politiker und viele von uns einen engen Freund. Wir trauern um Peter Hintze und sind in diesen schweren Tagen in unseren Gedanken bei seiner Frau und seinem Sohn.

Peter Hintze hat über Jahrzehnte hinweg durch seine Arbeit und seinen Einsatz den Deutschen Bundestag – zuletzt als Vizepräsident –, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU mitgeprägt. Er war Parlamentarier aus ganzem Herzen, der scharfsinnig argumentierte, aber dabei die Ansichten anderer respektierte, der leidenschaftlich für seine Sache stritt und gleichzeitig Brücken baute. Als Vorsitzender der Landesgruppe setzte er sich in Berlin für sein Heimatland Nordrhein-Westfalen ein und dachte dabei stets an das Wohl Deutschlands.



Für den Christen Peter Hintze waren der Schutz des menschlichen Lebens und der Respekt vor der menschlichen Würde immer von herausragender Bedeutung, was sich gerade auch in seiner Arbeit in der jüngeren Vergangenheit widerspiegelte.

Peter Hintze war vielen von uns im persönlichen Gespräch ein kluger Ratgeber. Er wird uns sehr fehlen. Wir werden ihn nicht vergessen.

## Wir sorgen für Gerechtigkeit

Bei der Debatte um die Rente orientieren wir uns an den Fakten: Dank der guten Konjunktur bleibt das Rentenniveau bis 2020 stabil bei 48 Prozent und sinkt danach weniger stark als erwartet. Die Rentenanpassung in diesem Jahr war die höchste seit über 20 Jahren. Der Beitragssatz ist heute auf dem Niveau von 1989. Die Entwicklung ist wesentlich günstiger verlaufen als dies zur Zeit der letzten Anpassung des Rahmens der Rentenversicherung prognostiziert worden war. Wir müssen jetzt alles daran setzen, dass es so positiv weiter geht.

Im letzten Koalitionsausschuss haben wir im wichtige Vereinbarungen zur Rente getroffen. Die

2018 einsetzende schrittweise kommende Gleichbehandlung der ost- und westdeutschen Rentner bis 2025 können wir stemmen. Das ist ein wichtiger Baustein bei der Vollendung der inneren Einheit. Zur Finanzierung dieser Angleichung sind die betroffenen Bundesministerien im Gespräch.

Positiv ist auch die erneute Verbesserung für aus gesundheitlichen Gründen früh ausscheidende Erwerbsgeminderte, die künftig so behandelt werden, als hätten sie bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet. Das ist eine große soziale Leistung, auf die wir stolz sein können. Zudem stärken wir die betriebliche Altersversorgung, um diesen Pfeiler der Alterssicherung attraktiver zu machen.

## Einigung beim Bundesteilhabegesetz

Ich freue mich, dass der Einsatz unserer Fraktion für die Änderung des Bundesteilhabegesetzes erfolgreich war. Im Vorfeld des ersten Entwurfs wurden von Vertretern und Betroffenen Bedenken geäußert, dass die Gefahr von Leistungseinschränkungen und anderen Verschlechterungen im Bundesteilhabegesetz bestünde. Diese Kritikpunkte wurden mit in die politische Diskussion nach Berlin genommen. Die Koalitionsfraktionen haben daraufhin reagiert und an entscheidenden Punkten Änderungen am Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgenommen. Mit der Reform wird nun die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen deutlich gestärkt und die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention weiter umgesetzt.

Besonders wichtig war, dass der Zugang zur Eingliederungshilfe nicht eingeschränkt wird. Jeder, der wesentlich behindert ist, wird weiterhin die benötigte Hilfe erhalten. Die geplante Regelung wird zunächst wissenschaftlich evaluiert und in einem zweiten Schritt modellhaft in allen Bundesländern erprobt. Eine neue Regelung wird es dann erst auf Grundlage der erfassten Daten ab 2023 geben.

## Anpassung der Asylbewerberleistungen

Mit dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz haben wir die Anpassung der Bedarfssätze für Asylbewerber in Deutschland beschlossen. Die regelbedarfsrelevanten Ausgaben für Haushaltsenergie und Wohnungsinstandhaltungskosten sind künftig aus dem Bedarfssatz im Asylbewerberleistungsgesetz auszugliedern, weil diese künftig als Sachleistungen zur Verfügung gestellt werden. Dem verminderten Bedarf für erwachsene Leistungsberechtigte, die in einer Sammelunterkunft untergebracht sind, wollen wir durch die Einführung einer neuen Bedarfsstufe Rechnung tragen und entsprechend anpassen.

Ebenso stark haben wir uns in der CDU dafür eingesetzt, dass die 300.000 Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen mehr als bisher von dem Gesetz profitieren. Das Arbeitsförderungsgeld wird auf künftig 52 Euro verdoppelt und der Vermögensfreibetrag von derzeit 2.600 auf 5.000 Euro erhöht.

Darüber hinaus wird die heutige Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe gelöst und in das Neunte Sozialgesetzbuch (SGB IX) überführt, das zu einem neuen Leistungsgesetz aufgewertet wird. Damit sind entscheidende Verbesserungen für die heute knapp 700 000 Menschen, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, verbunden. Sie können zukünftig mehr von ihrem Einkommen und Vermögen zurücklegen und Ehepartner werden nicht mehr zur Finanzierung herangezogen.

Wer aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt wechseln möchte, wird künftig von dem neuen „Budget für Arbeit“ profitieren. Aus diesem Budget erhalten Arbeitgeber einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent des ortsüblichen Lohnes, wenn sie einen schwerbehinderten Arbeitnehmer einstellen. Wer aber wieder zurück in die Werkstatt möchte, verliert seine rentenrechtliche Absicherung nicht.

## Die LKW-Maut ausweiten

Um die Finanzierung der Bundesfernstraßen weiter zu verbessern und eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu gewährleisten, beschlossen wir eine Ausweitung der Lkw-Maut ab Mitte 2018 auf alle Bundesstraßen in Deutschland. Die Anpassung ist notwendig, da der Bund die Lkw-Maut aktuell zwar auf rund 12.800 km Bundesautobahnen sowie auf rund 2.300 km autobahnähnlichen Bundesstraßen erhebt, der Großteil der ca. 40.000 km Bundesstraßen jedoch nicht mautpflichtig ist. Durch eine Ausweitung der Nutzerfinanzierung kann auch dort der hohe Standard der deutschen Verkehrsinfrastruktur gesichert werden.

## Bankazubis in Berlin

Bei diesem netten Besuch fühlte ich mich in die Jahre 98-01 zurückversetzt, denn in der Zeit habe ich selbst eine bankfachliche Ausbildung bei der Sparkasse Nienburg gemacht und nun haben mich die Bankazubis aus dem 3. Lehrjahr mit ihren BBS-Klassen in Berlin besucht. Alles Gute für die anstehenden Prüfungen und einen guten Start in das Angestelltendasein bzw. auf dem weiteren persönlichen Lebensweg!



## Dem Terror die Stirn bieten

Dem sinnlosen Terror fallen auf dieser Welt immer weiter Menschen zum Opfer. Die Anschläge von Kairo und Istanbul setzen diese Kette nun auf das Schrecklichste fort. Wir trauern um die Opfer des Anschlags in Kairo und um die Opfer in der Türkei. Terror, egal, wer ihn verübt und egal, wo er verübt wird, ist eine Verachtung aller unserer christlichen und humanitären Werte und jedes Opfer des Terrors hat unser Mitgefühl.

Gerade der Anschlag auf die koptischen Christen beunruhigt uns besonders. Von den Attentätern wird wie vor Jahren schon einmal der Versuch unternommen, die ägyptische Gesellschaft zu spalten und ins Chaos zu stürzen. Die koptischen Christen gehören zum Volk Ägyptens, sie blicken auf eine lange Geschichte im Land am Nil zurück. Ihre Lage hatte sich in den vergangenen Jahren verbessert. Sie dürfen nicht weiter zur Zielscheibe islamistischer Fanatiker werden. Wir sind uns sicher, dass dies der ägyptische Präsident und die geistlichen Führer der Sunniten in Kairo genauso sehen.

Der feige Anschlag in Istanbul erschüttert die Türkei und die in Deutschland lebenden Türken aufs Neue. Wir hoffen, dass die türkische Regierung die Weitsicht und Klugheit besitzt, verhältnismäßig darauf zu reagieren.

Politisch bleibt unsere Schlussfolgerung: Alle friedliebenden Staaten müssen im Kampf gegen den Terror eng zusammenarbeiten. Deutschland und Europa kooperieren in dieser Frage auch mit solchen Staaten eng, mit denen wir nicht in allen Fragen übereinstimmen. Allerdings verdichten sich auch die Informationen, dass sowohl in Ägypten als auch in Europa Terroristen und Salafisten aus einigen Golfstaaten unterstützt werden. Dies ist nicht akzeptabel.



## Rede zur Digitalisierung in der Landwirtschaft

Wie wirkt sich die Digitalisierung auf unsere Landwirtschaft aus und welche Chancen stecken in der Digitalisierung? Was kann/muss die Politik für ein Gelingen tun? Zu diese Fragestellungen gab es einen interessanten Austausch von "genius" in Berlin, bei dem ich mich als Berichterstatter für die Digitalisierung der Landwirtschaft gerne mit eingebracht habe.

## Ausbaugesetze verabschiedet

Mit der letzten Sitzung und Abstimmung im Plenum des Bundestages findet das gesetzgeberische Mammutprojekt des Bundesverkehrswegeplanes heute seinen vorläufigen Abschluss. Stimmt der Bundesrat heute zu, darf geplant werden.

Ich selbst stimmte im Plenum für die Ausbaugesetze, nicht jedoch ohne die besondere Situation mit der geplanten Schienentrasse Hannover – Bielefeld, durch eine persönliche Erklärung, zu kommentieren:

Ich bin ein Befürworter der trassennahen Ausbauvariante Löhne – Haste, statt einer Neubauvariante mit einem möglichen Tunnel durch den Jakobsberg und einer Streckenführung durch die Bückeburger Niederungen. Dies ist ebenso der mehrheitlich gesetzte Wille der Bevölkerung im Schaumburger Land, den ich an dieser Stelle im Plenum vertrete.

Neben diesem Projekt enthält das Bundesschienenwegeausbaugesetz jedoch mehrheitlich Projekte, die ich befürworten kann und die in den Regionen von den Menschen erwünscht sind und unser Land voranbringen. Ich hätte mit einem „Nein“ ebenso gegen diese Projekte stimmen müssen. Auch wenn mir das bisherige Ergebnis der Diskussion des oben genannten Projektes für meinen Wahlkreis Nienburg II - Schaumburg nicht gefällt und es ein Zeichen hätte sein können trotzdem mit „Nein“ zu stimmen, wäre es aus demokratischen Gesichtspunkten und auch der bundespolitischen Verantwortung den Menschen im gesamten Land gegenüber unfair, auch deren Projekte pauschal mit abzulehnen.

Unter den Straßenbauprojekten im Vordringlichen Bedarf befinden sich in Schaumburg weiterhin die U Möllenbeck, OU Steinbergen B83, OU Steinbergen B238, OU Bückeburg – Vehlen und die OU Nienstädt/Sülbeck. In Nienburg sind es die OU Loccum, OU Leese, OU Landesbergen und die OU Rohrsen - Nienburg.

Der Bund stellt für den Landkreis Schaumburg etwa 69 Millionen Euro und für Nienburg 83 Millionen für Projekte des Straßenbaus und 1,8 Mrd. Euro für den Schienenausbau der Strecke Hannover - Bielefeld zur Verfügung. Damit dieses Geld abgerufen werden kann, muss das Land Niedersachsen die Planungsmittel bereitstellen. Ich habe mich diesbzgl. bereits persönlich an den Wirtschaftsminister Olaf Lies gewandt, „denn durch engagiertes Handeln muss die Realisierung einer Maßnahme nicht zwingend 14-15 Jahre dauern.“

Auch bei den in der Kritik stehenden Straßenprojekten sage ich meine weitere Unterstützung zu. Gemeinsam werden wir in der Planungsphase die bestmögliche Variante für die Bürgerinnen und Bürger versuchen zu finden.

## Atommüllentsorgung finanziell absichern

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung wollen wir einen langen politischen Streit in der Atomenergie beenden: Der Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung nuklearer Abfälle sollen langfristig solide finanziert werden. Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, bringen wir diesen Gesetzentwurf als gemeinsame Fraktionsinitiative der Koalition mit den Grünen in das Plenum ein.

Damit setzen wir die Empfehlungen der Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs vom April 2016 um. Es wird ein öffentlich-rechtlicher Fonds in Form einer

## Stalkingschutz ausweiten

Mit dem beschlossenen Gesetzentwurf soll der strafrechtliche Schutz gegen Stalking ausgebaut und zugleich eine Schutzlücke im Bereich des Gewaltschutzgesetzes geschlossen werden. Bislang scheiterten Verurteilungen häufig daran, dass der Eintritt einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Lebensgestaltung nicht nachzuweisen war oder der Täter auf ein wehrhaftes Opfer traf. Durch die Änderung wollen wir dafür sorgen, dass Täter einfacher verurteilt

## Neues Conterganstiftungsgesetz

In zweiter und dritter Lesung sorgten wir für eine gerechtere und unkompliziertere Verteilung der Mittel für Contergangeschädigte, indem wir das Verwaltungsverfahren an verschiedenen Stellen vereinfachen. Somit stellen wir sicher, dass die Leistungen die Betroffenen besser erreichen. Frei werdende Verwaltungskapazitäten können darüber hinaus zur Beratung der Betroffenen eingesetzt werden.

Ein solcher Medikamentenskandal darf sich zudem nicht wiederholen. Weil wir als Parlament hier eine wichtige staatliche Verantwortung übernommen haben, ist es auch unsere Aufgabe, genau hinzuschauen und Unterstützung anzubieten. Ich möchte und muss in diesem Zusammenhang auch das Stichwort „Duogynon“ erwähnen. Auch hier müssen wir genauer hinschauen und den Betroffenen die vielleicht notwendige Unterstützung bei der Aufklärung anbieten.

Als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion, hielt ich im Plenum des Bundestages gestern eine Rede hierzu. Diese kann auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) abgerufen und angesehen werden.

Stiftung errichtet, aus dem die Kosten für die Zwischen- und Endlagerung der nuklearen Abfälle aus den stillgelegten Kernkraftwerken gedeckt werden sollen. Der Rückbau der Kernkraftwerke wird von den Energieversorgern durchgeführt und bezahlt werden. Die Atom-Rückstellungen der Energieversorgungsunternehmen von ca. 17,4 Mrd. Euro plus ein Risikozuschlag von 35 Prozent in Höhe von ca. 6,1 Mrd. Euro werden an den Fonds übertragen. Damit wird die Verantwortung der Unternehmen hinsichtlich ihrer Entsorgungspflichten auf den Bund übergehen. Gleichzeitig wird das im Herbst 2015 eingebrachte Konzernnachhaftungsgesetz ergänzt, um die Haftung des gesamten Konzernvermögens auch im Falle einer Aufspaltung eines Energieversorgers zu gewährleisten.

und Opfer besser geschützt werden. Ausreichend ist zukünftig, dass die Täterhandlung objektiv dazu geeignet ist, eine gravierende Beeinträchtigung des Opfers herbeizuführen, ohne dass der Erfolg dieser Handlung notwendig eintritt. Zum Schutz der Opfer haben wir durchgesetzt, dass die bisherige Generalklausel erhalten bleibt, so dass auch weiterhin Tathandlungen wie unrichtige Heiratsanzeigen, Manipulation in sozialen Netzwerken und nachhaltige Lärmbeschallung erfasst sind.



## Schwarzarbeit besser bekämpfen

Mit dem neuen Beschluss verbessern wir die Rahmenbedingungen für die Prüfungs- und Ermittlungstätigkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls und der zuständigen Landesbehörden. Gleichzeitig optimieren wir die Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit Informationstechnologie durch die Schaffung eines zentralen Informationssystems oder einem automatisierten Zugriff auf das zentrale Fahrzeugregister. Dadurch tragen wir Sorge dafür, dass Wettbewerbsvorteile illegal handelnder Anbieter besser aufgedeckt werden können und gesetzestreue Unternehmen gestärkt werden.

## Das Elterngeld wirkt

Knapp zehn Jahre nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 ist dieses familienpolitische Instrument weitestgehend akzeptiert und hat viele nachweisbare Effekte.

Das Elterngeld löste damals das vorherige Erziehungsgeld ab. Die Einführung des Elterngeldes hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht und somit für diese Zeit einen finanziellen Schonraum geschaffen. So stieg das Haushalts-Nettoeinkommen von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr um durchschnittlich 480 Euro pro Monat, bei Müttern mit Hochschulabschluss sogar um rund 600 Euro pro Monat.

Auch hat die Erwerbsbeteiligung von Müttern insgesamt zugenommen. Zwar haben sich mehr Mütter mit hohem Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen, als es früher der Fall war, im zweiten Lebensjahr des Kindes ist allerdings die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen. Ebenfalls nehmen deutlich mehr Väter Elternzeit: Lag der Anteil vor 2007 bei weniger als drei Prozent, ist er inzwischen auf über 34 Prozent gestiegen.

Ein Einfluss auf die Geburtenrate konnte gleichzeitig nur teilweise erwiesen werden, auch wenn in der Tendenz leicht positive Effekte festzumachen sind.

## Neues Bundeswaldgesetz

In zweiter und dritter Lesung regeln wir, dass bestimmte im öffentlichen Interesse liegende forstwirtschaftliche Dienstleistungen – etwa Waldbau, Markierung und Ernte – nicht als Holzvermarktung im engeren Sinne gewertet werden. Damit wird den staatlichen Forstämtern ermöglicht, der Holzvermarktung vorgelagerte forstwirtschaftliche Dienstleistungen auch in Zukunft im Kommunal- und Privatwald anzubieten. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass kartellrechtliche Regelungen eingehalten und etwa private Anbieter nicht diskriminiert werden..

## CDU Bundesparteitag

Beim Bundesparteitag in Essen haben wir unsere Parteivorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel als Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2017 bestätigt und sie erneut für 2 Jahre als Vorsitzende wiedergewählt. Guter Parteitag! Gute Ergebnisse! Noch bessere Beschlüsse! Ich darf feststellen: Essen ist eine wirklich schöne Stadt mitten im Ruhrgebiet.



## Weihnachtskonzert in Seggebruch

Das war wirklich ein sehr schönes und gelungenes Weihnachtskonzert des Männerchores "Liederkrantz" Enzen-Hobbensen in der Kirche zu Seggebruch. Nahezu 500 Zuhörerinnen und Zuhörer haben den musikalischen Darbietungen gelauscht und waren begeistert. Das gilt ebenso für das Soul-Duo Soulsteady, Sven Schnee, dem Kinderchor "The Nienstädt Singers" und dem Blechbläserquintett Sirius Brass. Eine schöne Einstimmung auf Weihnachten.



## Weihnachtsmarkt in Rehburg

Auf dem Rehburger Weihnachtsmarkt habe ich den Stand der örtlichen CDU besucht und die hochgelobte Feuerzangenbowle probiert. Frisch zubereitet von Kalle Engelmann fand sie reißenden Absatz und war wirklich lecker!



## SN-Leserreise nach Berlin

Es war mir wieder einmal eine Freude einen kleinen Teil der SN-Leserreise (Schaumburger Nachrichten) mit gestalten zu dürfen. Daher bin ich auch außerhalb der Sitzungswoche sehr gerne nach Berlin gefahren um mit den Schaumburgerinnen und Schaumburgern ins Gespräch zu kommen.